

Antrag

der SPD-Fraktion,
der CDU-Fraktion,
der Fraktion DIE LINKE und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bergbaufolgeschäden durch Grundwasserwiederanstieg: Soforthilfe und Gesamtkonzept für Lauchhammer

Der Landtag stellt fest:

Die Lausitz wurde über viele Generationen hinweg vom Braunkohleabbau und Braunkohleveredlung geprägt. Ende des 19. Jahrhunderts wurde in Lauchhammer mit dem Abbau von Braunkohle begonnen. Diese Situation wurde durch den Bergbau der DDR mit seiner massiven Grundwasserabsenkung sowie durch den deutlichen Ausbau der Kohleveredlung überprägt und verstärkt. Der seit Schließung der Tagebaue und Veredlungsanlagen erfolgte Grundwasserwiederanstieg führt im Stadtgebiet von Lauchhammer zu geotechnischen Gefährdungssituationen, die kurz- mittel- und langfristige Handlungsstrategien erfordern.

Aktuell sind Bewohner und Unternehmer in Lauchhammer im Bereich der Wilhelm-Külz-Straße existenziell durch die Folgen dieses Grundwasserwiederanstiegs betroffen. Der Untergrund im Bereich der Wilhelm-Külz-Straße ist in Folge des Grundwasseranstiegs nicht mehr standsicher. Unternehmen mit bedeutsamen Arbeitsplätzen und mehrere Familien müssen deshalb ihre angestammten Standorte bzw. ihre Wohnungen verlassen. Zudem sind auch an anderer Stelle in der Stadt und der Region Restriktionszonen eingerichtet, in denen Nutzungsbeschränkungen ausgesprochen wurden.

Der Einigungsvertrag hat keine verbindlichen Rechtsnachfolgeregelungen zur Beseitigung der Folgen des Altbergbaus von vor 1945 getroffen. Dennoch steht der Bund als Rechtsnachfolger der DDR-Kombinatsbetriebe in der Verantwortung für den Grundwasserwiederanstieg und seine Folgen genauso wie für die Hinterlassenschaften der Braunkohleveredlung.

Seit dem Beginn der Braunkohlesanierung 1992 haben der Bund und das Land Brandenburg über die Verwaltungsabkommen (VA) zur Finanzierung der Beseitigung der Altlasten des Braunkohlenbergbaus im Raum Lauchhammer bereits ca. 1,1 Mrd. Euro für die sogenannte Grundsanierung nach § 2 des VA und ca. 66 Mio. Euro für die Sanierung nach §3 VA aufgewandt. Der §3 wurde im Jahre 2003 in die Verwaltungsabkommen eingeführt. Dieses Instrument wird insbesondere zur Beseitigung der Folgen des Grundwasserwiederanstieges bei nicht eindeutig zwischen Bund und Braunkohleländern zu klärender Rechtslage angewandt.

Auf die bereits umgesetzten Leistungen und die dabei gesammelten Erfahrungen gilt es nun aufzubauen, um die Menschen und Unternehmen in Lauchhammer weiterhin zu unterstützen.

Im Rahmen des aktuellen Verwaltungsabkommens Braunkohlesanierung 2018 - 2022 (VA-VI) steht für Maßnahmen nach § 3 ein Finanzrahmen von 101,8 Mio. Euro bereit, den sich der Bund und das Land Brandenburg jeweils zu 50 Prozent teilen. An den Maßnahmen nach § 2 beteiligt sich das Land mit 25 Prozent und insgesamt 111,19 Mio. Euro.

Der Landtag möge daher beschließen:

Die Landesregierung wird beauftragt:

1. Sofortmaßnahmen zwischen dem LMBV als bergrechtlich Verpflichteter, dem Land Brandenburg und allen zuständigen öffentlichen Stellen für das Gefährdungsgebiet in der Wilhelm-Külz-Straße abzustimmen und umzusetzen. Vorrang sollen hierbei Maßnahmen zur Regelung von Aufwendungen und Entschädigung für das bereits gesperrte Wohngrundstück haben. Ein Entschädigungskonzept für diesen Bereich soll bis zum Ende des II. Quartals 2019 vorliegen. Besondere Härten sollen dabei berücksichtigt werden. Die Betroffenen sind in die Abstimmungen und in das Finden von adäquaten Lösungen einzubeziehen.
2. Bei der erforderlichen Verlagerung der Gewerbebetriebe Lösungen zu unterstützen, die den Erhalt der Arbeitsplätze in der Stadt Lauchhammer sichern.
3. Darauf hinzuwirken, dass aufbauend auf den vorliegenden Gutachten, Untersuchungen und Kenntnissen mit der LMBV, dem Land Brandenburg und allen beteiligten öffentlichen Stellen ein Gesamtkonzept für das gesamte Stadtgebiet von Lauchhammer erarbeitet wird. Dabei sind insbesondere folgende Punkte zu beachten:
 - Erfassung der geotechnischen Gefährdungssituation für das gesamte Stadtgebiet;
 - Identifikation und Klassifizierung besonderer kleinräumlicher Gefährdungssituationen, die in kurz-, mittel- und langfristige Handlungsfelder eingeordnet werden müssen;
 - Erarbeitung eines Maßnahmenkonzeptes für das gesamte Stadtgebiet. Dieses soll Sanierungsstrategien und -techniken und soweit erforderlich Umsiedlungskonzepte für Privatpersonen, Gewerbetreibende und weitere Betroffene umfassen.
4. Zur Koordinierung und Begleitung des Prozesses die am 20. Februar 2019 eingerichtete ad hoc Arbeitsgruppe unter gemeinsamer Federführung mit dem Landkreis Oberspreewald Lausitz und unter Mitwirkung der LMBV, der Bergbehörde und der Stadt Lauchhammer fortzuführen.

5. Dafür Sorge zu tragen, dass ausgehend von der rechtlichen Situation, den vorhandenen Instrumenten und den Fördermöglichkeiten die Maßnahmen priorisiert und in den Steuerungs- und Budgetausschuss für die Braunkohlesanierung eingebracht werden.
6. Die LMBV aufzufordern, Gefährdungspotenziale aus dem Zusammenwirken von Altbergbau und Grundwasserwiederanstieg in anderen Bergbaugebieten der brandenburgischen Lausitz zu bewerten.
7. Bei der Umsetzung des aktuellen Verwaltungsabkommens Braunkohle-sanierung VA-VI sich dafür einzusetzen, dass Bund und Land unbürokratisch Hilfestellung leisten können.

Begründung:

Mehr als ein Jahrhundert lang haben die Menschen in der Lausitz mit dem Braunkohleabbau dafür gesorgt, dass Energie und Rohstoffe für eine ganze Region bereitstehen. Die Stadt Lauchhammer ist aufgrund der Vielzahl an Tagebauen und ehemaligen Standorten der Veredlungsindustrie auf mehr als 50 % des Stadtgebietes großflächig von den Folgen des Braunkohlebergbaus betroffen. Sperrbereiche innerhalb des Stadtgebietes und nur eingeschränkt nutzbare Flächen für gewerbliche Ansiedlungen oder neue Wohnstandorte hemmen die Entwicklung der Stadt. Hinzu kommen die Auswirkungen der Grundwasserbeeinflussungen auf vorhandene bauliche Strukturen.

Die Gefahrensituation in Lauchhammer kann keinesfalls allein auf den Altbergbau zurückgeführt werden. Vielmehr sind die jahrzehntelangen Einwirkungen der bergbaubedingten Grundwasserabsenkung zur DDR-Zeit und auch die im gleichen Zeitraum entstandenen Umweltschäden durch die Brikettfabriken, die Großkokerei und die Industriekraftwerke zu beachten. Eine wesentliche Ursache der aktuell auftretenden Gefahrenlage liegt in dem nachbergbaulichen Grundwasserwiederanstieg im Gesamttraum Lauchhammer. Die LMBV als bergrechtlich Verantwortliche und damit der Bund dürfen aus ihrer Verantwortung für die Folgen des Grundwasserwiederanstiegs nicht entlassen werden.

Für die Aufarbeitung dieser komplexen Gemengelage haben sich die Instrumente der Braunkohlesanierung bewährt. Diese Instrumente sollen daher auch zukünftig angewendet werden.

Seit Anfang der 90er Jahre laufen auch im Raum Lauchhammer die Sanierungsmaßnahmen. Viele Maßnahmen wurden bereits umgesetzt. Dennoch bleibt aufgrund der komplexen Gemengelage aus Altbergbau, Sanierungsbergbau, ehemaligen Veredlungsstandorten und Grundwasserwiederanstieg noch vieles zu tun. Die Lösung der noch umfangreichen Aufgaben erfordert einen integrierten Ansatz. Die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes ist daher notwendig.

Unabhängig von der Aufstellung des Gesamtkonzeptes müssen für das Gefährdungsgebiet in der Wilhelm-Külz-Straße Sofortmaßnahmen eingeleitet werden. Für die betroffenen Menschen müssen sofort akzeptable Lösungen gefunden werden.